

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3322

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3322



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Was will eine liberale Bildungspolitik?

OLIVIER KESSLER * • Mai 2021



Zusammenfassung

- Liberale anerkennen die Tatsache, dass die individuellen Präferenzen von Person zu Person verschieden sein können. Sie verstehen, dass Menschen sich eigene Bildungsziele setzen und mit unterschiedlichen Mitteln und Methoden zum Erfolg kommen. Eine liberale Bildungspolitik ist deshalb das Gegenteil eines von oben verordneten «one size fits all»-Bildungsschemas.
- Eine liberale Bildungspolitik ermöglicht es Lernenden, sich – gegebenenfalls mit der Unterstützung der Eltern – nach ihren individuellen Bedürfnissen zu orientieren. In anderen Worten: Sie darf den Markt für Bildung nicht behindern, indem sie selbst Angebote und Preise vorschreibt. Diese ergeben sich vielmehr als Reaktion auf die Nachfrage einer Vielzahl von Akteuren.
- Ein freier Bildungsmarkt ist für den Bildungserfolg deshalb so wichtig, weil er wesentlich mehr Anreize für eine Angleichung des Bildungsangebots an die Bildungsnachfrage schafft. Ein staatlich verordneter Bildungseinheitsbrei, der auf ungenügendes Interesse stösst, mit welchem viele unzufrieden sind und den der Steuerzahler für überteuert hält, erzeugt vor allem eines: Frust.
- Es kann nicht eindeutig beantwortet werden, ob eine staatliche Förderung von Bildung im öffentlichen Interesse liegt, weil es nicht nur positive, sondern auch negative Externalitäten gibt, die nur schwierig gegeneinander abgewogen werden können. Staatliche Eingriffe in Freiheitsrechte erfordern eine solide Rechtfertigung, keine unbewiesenen Behauptungen.
- Ebenfalls ungerechtfertigt sind aus liberaler Sicht politische Interventionen in Bildungsmärkte mit dem Argument, dass es vereinzelt Bedürftige gebe, die sich Bildung nicht leisten könnten. Hier gäbe es wirksamere Alternativen der Unterstützung, welche die wichtigen Anreize freier Bildungsmärkte nicht verzerren oder beseitigen und damit eine qualitativ hochstehende Bildung zu vernünftigen Preisen ermöglichen.

* Der Autor, M.A. HSG, ist Direktor des Liberalen Instituts.

Der Kerngedanke des Liberalismus ist es, den Mensch als Zweck per se anzusehen – und nicht als Mittel zum Zweck. In der liberalen Vorstellung werden wir alle frei und gleich an Rechten geboren. Jeder Einzelne darf selbst darüber entscheiden, welches Leben er führen, was für Ziele er in seinem Leben anstreben und mit welchen Mitteln er diese verwirklichen möchte, solange er damit nicht die Freiheit seiner Mitmenschen beeinträchtigt. Die Rolle des Staates beschränkt sich darauf, sicherzustellen, dass diese Rahmenbedingungen zum Nutzen aller eingehalten werden: Er hat die Freiheit jedes Einzelnen zu garantieren, wobei unter «Freiheit» die Abwesenheit von menschlichem Zwang verstanden wird. Ein liberaler Staat strebt mit seinem Handeln keine konkreten Ergebnisse an. Dies unterscheidet ihn von einem autoritären Willkürstaat, in dem sich das Individuum sklavenhaft einem von der Obrigkeit oder einer demokratischen Mehrheit aufgezwungenen Gruppenziel unterzuordnen hat.

Was will also eine liberale Bildungspolitik? Sie will es den Lernenden ermöglichen, sich – gegebenenfalls mit der Unterstützung der Eltern – nach ihren individuellen Präferenzen zu orientieren. In anderen Worten: Der Staat darf den Markt für Bildung, in welchem die Nachfrage nach und das Angebot von Bildung aufeinandertreffen, nicht behindern oder verzerren, indem er selbst Ziele, Angebote und Preise vorschreibt. Dies wäre ein unerlaubter Eingriff in das elementare Menschenrecht der Vertragsfreiheit und der Eigentumsgarantie.

Aus der Erfahrung wissen wir, dass staatlich geplante und betriebene Systeme in der Regel ineffizient und verschwenderisch sind, während freie Märkte auf der anderen Seite die besten Ergebnisse liefern.¹ Die Marktwirtschaft führt tendenziell zu einem besseren Preis-Leistungs-Verhältnis, was eine höhere Lebensqualität für alle bedeutet, weil mit den dadurch eingesparten Mitteln zusätzliche Bedürfnisse befriedigt werden können. Es gibt keinen Grund, weshalb das bei der Bildung anders sein soll.

Vielfalt und Wettbewerb

Ein freier Bildungsmarkt ist für den Bildungserfolg deshalb so wichtig, weil er wesentlich mehr Anreize für eine Angleichung des Bildungsangebots an die Bildungsnachfrage schafft. Ein staatlich verordneter Bildungseinheitsbrei, der auf ungenügendes Interesse stößt, mit welchem viele unzufrieden sind und den der Steuerzahler für übersteuert hält, erzeugt vor allem eines: Frust.

Um diesem Frust, der andauernden «Bildungsreformatitis» und politischen Konflikten über «den einen richtigen Lehrplan» zuvorzukommen, braucht es Märkte für Bildung, die Vielfalt und Wettbewerb ermöglichen. Das bedeutet auf Seiten der Bildungsnachfrager, dass sie die Schulen ihrer Wahl besuchen und bei Unzufriedenheit auch wieder wechseln dürfen. Für Lehrpersonen und Schulbetreiber – profitorientiert oder non-profit – bedeutet dies, dass ihre Angebote mess- und vergleichbar werden,

¹ Vgl. für eine empirischen Evidenz der Vorzüge tendenziell marktwirtschaftlicher Systeme auch Rainer Zitelmann (2018). *Kapitalismus ist nicht das Problem, sondern die Lösung*. München: Finanzbuchverlag.

etwa anhand der Anzahl der Interessenten, die eine Ausbildung bei ihnen absolvieren möchten. Denn je qualitativ hochstehender und preislich attraktiver die Ausbildung eines Anbieters abschneidet, desto höher wird die Nachfrage ausfallen. Qualitativ schlechte und preislich überrissene Angebote hingegen dürften auf einem freien Bildungsmarkt nicht lange Bestand haben. Die Bedeutung solcher Kundenfeedbacks und die Notwendigkeit für den betrieblichen Erfolg von Bildungsunternehmen, diese ernst nehmen zu müssen, kann nicht genug betont werden, denn sie verhindern, dass wertvolle Ressourcen aufgrund von politischen Befehlen in minderwertige Angebote fließen und wertvolle Potenziale verschwendet werden.

Diese Anreize fallen bei staatlichen Schulen weg, weil diese mit Steuergeldern betrieben werden. Bei mangelnder Leistung und fehlender Kundenorientierung bekommen die betroffenen Anbieter keine finanziellen Einbussen zu spüren. Sie haben daher wenig Anreize, besser zu werden. Es gibt ausserdem keinen echten Wettbewerb, der dazu motiviert, die eigenen Bildungsangebote zu optimieren, weshalb heute jene, die es sich leisten können, auf bessere Privatschulen ausweichen. Das Argument der sozioökonomischen Durchmischung, mit welchem die Verunmöglichung der freien Schulwahl für breite Schichten gerechtfertigt wird, basiert daher auf Illusionen. So oder so kann festgehalten werden, dass die Bildungsqualität ohne Angebots-Vielfalt und ohne fairen Wettbewerb tendenziell absinkt, während sich die Kosten vervielfachen. Während immer mehr Steuergelder in den Bildungssektor gesteckt werden, nimmt die Unzufriedenheit auf allen Seiten paradoxerweise zu.

Der Vorwand des öffentlichen Interesses

Aber ist Bildung denn nicht im öffentlichen Interesse, was eben die Bereitstellung und Finanzierung durch den Staat erfordert? Ist Bildung aufgrund der positiven Externalitäten nicht gut für die Allgemeinheit, weil besser Ausgebildete später einmal zu besseren Steuerzahlern werden? Sollte die Öffentlichkeit deshalb nicht ein Interesse haben, sie zu finanzieren?

Sobald positive Externalitäten als Rechtfertigung für Staatseingriffe herangezogen werden, ist besondere Vorsicht geboten. Denn es gibt praktisch kein Gut, bei welchem man keine positiven Externalitäten diagnostizieren könnte. Von einem bei sich zuhause angelegten Rosengarten beispielsweise – der typischerweise als privates Gut angesehen wird – profitieren auch die Nachbarn: Sie kommen in den Genuss einer schönen Aussicht, ohne bei der Pflege mitzuhelfen oder den Eigentümer für seine Aufwendungen zu entschädigen. Sollte man deshalb nun alle Gärten verstaatlichen und Gartenpfleger zu Staatsangestellten umfunktionieren? Und wie sieht es mit den Deodorants aus? Jeder der eines benutzt, macht auch seinen Mitmenschen, denen er begegnet, das Leben angenehmer. Sollte man nun deswegen die Öffentlichkeit zur Kasse bitten und Deos in Staatsfabriken herstellen? Sie sehen: Mit solchen Argumenten könnte man potenziell alles und jeden verstaatlichen – mit fatalen Folgen für Frieden, Freiheit und Prosperität.

Vernachlässigt werden ausserdem die negativen Effekte der Bildungssubventionen.² Was ist zum Beispiel, wenn ein durch den Steuerzahler geförderter Hochschulabsolvent nach seinem Studium das Land verlässt? Dann entsteht für die Öffentlichkeit unter dem Strich ein klarer Verlust. Und was ist mit der durch Subventionen angeheizten Bildungsinflation? Wenn immer mehr Leute studieren gehen, explodieren nicht nur die öffentlichen Bildungsausgaben, sondern auch die Opportunitätskosten: Wenn die Akademisierung in allen Bereichen auf Kosten des dualen Bildungssystems voranschreitet und letztlich sogar die Grossmutter einen Bachelor-Abschluss in Erziehungswissenschaften für die Betreuung ihrer Enkelkinder benötigt, hält man die Menschen davon ab, in dieser Zeit produktiveren Tätigkeiten nachzugehen und nimmt somit Wohlstands-Einbussen in Kauf.

Das Argument für eine staatlich geförderte Bildung läuft auch oft darauf hinaus, dass behauptet wird, die Nachfrage entspreche auf einem freien Bildungsmarkt nicht dem gesellschaftlich erwünschten Optimum, weshalb man sie durch Zwangsmassnahmen ankurbeln müsse. Dabei wird jedoch ignoriert, dass uns die Wissbegierde quasi in die Wiege gelegt wird. Dies dürfte jedem einleuchten, der schon mal mit Kindern zu tun hatte. Ausserdem liegt es in jedermanns Eigeninteresse, eine möglichst gute Bildung zu erhalten – unter anderem, weil dies nebst einer vorteilhafteren persönlichen Entwicklung auch höhere Einkünfte auf dem Arbeitsmarkt verspricht. Man braucht die Menschen also nicht zu irgendwelchen Bildungsangeboten zu verknurren, weil sie sich sonst im Schnitt nur ungenügend bilden würden. Natürlich mag es Ausnahmen geben, die aus der Reihe tanzen, doch diese rechtfertigen nicht die Freiheitsberaubung aller anderen. Vielmehr sollte man allen die freie Wahl lassen, denn jeder weiss selbst am besten, wofür er sich begeistert und auf welche Weise er seinen Wissensdurst stillen möchte.

Was ist mit denjenigen, die sich Bildung nicht leisten können?

Kommen wir nun zum vermeintlichen Totschlagargument gegen ein marktwirtschaftliches Bildungssystem: Weil sich nicht jeder eine Ausbildung leisten könne, müsse sie der Staat kostenlos zur Verfügung stellen und Schulen betreiben. Doch all die staatssozialistischen Systeme mit ihren ausgeschalteten Eigentumsrechten, Märkten und Preismechanismen sollten uns genügenden Anschauungsunterricht gegeben haben. Es wurde mehr als klar, dass diese Strategie – auch wenn sie nur in Teilbereichen angewandt wird – die relative Armut vergrössert. Durch die planwirtschaftlichen Fehlanreize wird mehr Bedürftigkeit geschaffen, womit der Kreis jener, die sich Bildung nicht leisten können, ausgeweitet wird.

Nobelpreisträger Milton Friedman stellte eine bessere Alternative zum staatlichen Betrieb von Schulen vor: Der Staat solle Bildungsgutscheine ausstellen, die er den Bürgern verteile. Diese könnten sie auf einer Schule ihrer Wahl einlösen. So bliebe

² Vgl. dazu auch Christian Hoffmann (April 2019). Ist Bildung tatsächlich ein öffentliches Gut? *Liberales Institut*. Abgerufen auf: <https://www.libinst.ch/publikationen/LI-Paper-Hoffmann-Bildung.pdf>

auch der Wettbewerb zwischen Schulen gewährleistet. Dieses System, das von Schweden mit einigem Erfolg praktiziert wird³, hat gegenüber dem staatlichen Bildungssystem sicherlich seine Vorzüge. Doch es ähnelt einer Art bedingungslosem Grundeinkommen, mit welchem pauschal Gelder mit der Giesskanne – auch an Nicht-Bedürftige – verteilt werden.

Eine noch liberalere Variante als die umfassende staatliche Bildungsfinanzierung für die ganze Bevölkerung wäre, die Betroffenen gezielt zu unterstützen. In erster Linie könnten die Familie, Freunde und Bekannte finanziell unter die Arme greifen, in zweiter Linie die erweiterte Zivilgesellschaft – z.B. Stiftungen und Hilfswerke, die den Zweck der Bildungsfinanzierung für Mittelarmer verfolgen –, und erst in dritter Linie der Staat mit einer zielgerichteten Sozialhilfe. Diese Lösung hat den Vorteil, dass die wichtigen Anreize des freien Bildungsmarktes nicht ausser Kraft gesetzt werden. Mit einem liberalen Bildungssystem wäre eine zukunftsfähige, qualitativ hochstehende Bildung zu vernünftigen Kosten nicht nur im Rahmen des Möglichen, sondern im Bereich des Wahrscheinlichen.

³ Gabriel Heller Sahlgreen (2017). Skandinavische Erfahrungen: Schulwettbewerb in Schweden. In: Pierre Bessard und Christian Hoffmann, Hrsg. (2017). *Markt für Bildung: Die Vorteile von Vielfalt und Wettbewerb*. Zürich: Edition Liberales Institut. S. 89-110.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie auf
www.libinst.ch.

Disclaimer

Dieser Text ist auch auf der Website von «Schulinfo Zug»
erschienen.

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle
Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind
Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die
Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht
notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des
Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2021, Liberales Institut.